

Ukraine: Der Kampf ums Überleben

Im Krieg in der Ukraine gibt es zurzeit ein Patt. Keine Seite macht größere militärische Fortschritte. Die blutigen Kämpfe ziehen sich in die Länge. Das bedeutet weiterhin unzählige Tote und die Zerstörung dessen, was in der Ukraine noch nicht vernichtet wurde. Rückschläge auf dem Boden kompensieren die Russen durch schwere Angriffe aus der Luft. Ihre Zusage bei den letzten Verhandlungen, man werde diese Art der Kriegsführung stark vermindern, glaubt in der Ukraine niemand. Eine ähnliche Ankündigung gab es schon vor einigen Wochen, ohne dass sie wahrgemacht wurde. Auch gestern und heute gehen die Luftangriffe unvermindert weiter. Moskau will Zeit gewinnen, um seine Kräfte umzugruppieren. Millionen von Flüchtlingen haben das Land bereits verlassen, was ganz im russischen Interesse liegt. Aus Angst vor einem Krieg, möglicherweise sogar mit Massenvernichtungswaffen, ist die Nato bisher zum Zuschauen verurteilt. Sie kann aus Sorge vor einem großen Krieg militärisch nicht eingreifen und ist nur zu begrenzten Waffenlieferungen in der Lage. Ohne Verstärkung der ukrainischen Luftabwehr zur Sicherung des ukrainischen Luftraums wird es nicht gehen.

Zur Zeit des Kalten Krieges hatte das nukleare Patt - die gegenseitige Drohung mit dem Einsatz atomarer Waffen - die Stabilität im Gleichgewicht der Großmächte garantiert. Keine Regierung wäre so wahnsinnig gewesen, dieses System infrage zu stellen. Für Putin

gehören derartige Gedankenspiele inzwischen zur Tagesordnung. Das ist gleichzeitig ein Ausdruck seiner Schwäche. Er hat sich in eine Falle manövriert, aus der er aus eigener Kraft kaum herausfindet. Die ursprünglichen russischen Kriegsziele waren eine schnelle russische Übernahme der Ukraine und deren Rückkehr in das vermeintliche Mutterland. Mit dem Widerstand des ukrainischen Militärs hatte man nicht gerechnet. Der Vormarsch auf dem Boden ist ins Stocken geraten. Tausende russischer Soldaten sind gefallen. Die Bombardierung von zivilen Zielen, Tod und Vertreibung unzähliger Frauen und Kinder haben Putin zu einem Paria in der Welt gemacht. Diesen Ruf wird er so bald nicht wieder loswerden. Unterschätzt hat er nicht nur den Widerstand in der ukrainischen Bevölkerung, sondern auch die Solidarität innerhalb der westlichen Welt, insbesondere der Europäischen Union. Putin hatte die Auflösung der SU als größten Fehler in ihrer Geschichte bezeichnet. Sein bisheriges Auftreten gegenüber seinen Nachbarstaaten zeigt seine wahren Absichten – die Wiedererschaffung des alten Russlands. Dem Brudervolk der Ukraine hatte er jede staatliche Existenzberechtigung abgesprochen. Trotz der militärischen Überlegenheit der russischen Streitkräfte sind Putins ursprünglichen Kriegsziele dennoch zurzeit außer Reichweite. Die Russen konzentrieren sich daher besonders auf den Donbass und damit die Verbindung zur Krim. Die Westukraine liegt weiter unter Beschuss. Es geht um die größtmögliche Zerstörung des Landes und seiner wirtschaftlichen Infrastruktur ohne Rücksicht auf Menschenleben. Das brutale militärische Vorgehen Russlands zeigt andererseits auch die Schwäche des Staates und wie brüchig sein

System ist. Bis auf die Luftwaffe und Raketentechnik scheint nicht mehr viel zu funktionieren. Die Moral der Truppe ist im Gegensatz zu der der ukrainischen Soldaten angeschlagen.

Auch politisch hat Moskau das Gegenteil von dem erreicht, was es angestrebt hatte. Statt zu einer Spaltung des Westens ist es zu einer immer engeren Zusammenarbeit in unserem Bündnis und in der europäischen Union gekommen. Bei der Abstimmung in den Vereinten Nationen haben sich nur wenige Staaten an seine Seite gestellt. Zu diesen gehören Belarus, Algerien, Myanmar, Nord-Korea und Nicaragua alles Verwandte im Geiste. Putin hat sein Land zu einem Pariastaat gemacht und den Ruf von Verlässlichkeit eingebüßt. Bidens Erklärung, man könne in der Zukunft nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten, entspricht einer im Westen weit verbreiteten Auffassung. Dennoch war dies wieder ein typischer Satz des amerikanischen Präsidenten außerhalb seines vorbereiteten Redetextes. In der Umgebung von Biden wurde entsetzt zurückgerudert. Inzwischen hat dieser seine Aussage aber noch einmal bekräftigt. Hier gibt es in Washington eine gewisse Verwirrung. Die Russen nutzen diese Gelegenheit, auf die angebliche weltweite Verschwörung unter der Führung der USA zu verweisen und präsentieren sich als das eigentliche Opfer. Der Begriff des Regime Change ist in den meisten Staaten der Welt nicht willkommen.

Bei dem letzten Expertentreffen in Istanbul scheint es kleine Fortschritte gegeben zu haben. Zumindest hat man sich zum ersten Mal den Kernfragen zugewandt. Die ukrainische Seite hat sich

grundsätzlich zur Neutralität und zum Verzicht auf einen NATO-Beitritt nach einem Referendum bereit erklärt. Die Krim hat sie noch nicht endgültig aufgegeben. Wahrscheinlich wird diese aber am Ende an Russland fallen. Über die beiden neu geschaffenen Staaten im Donbass ist man in Kiew offensichtlich bereit zu verhandeln. Im Gegenzug zu allen Zugeständnissen, insbesondere den Verzicht auf die NATO-Mitgliedschaft verlangt man internationale Sicherheitsgarantien, an der sich u. a. auch Frankreich und Deutschland beteiligen sollen. Aus Paris und Berlin wird bereits Zustimmung signalisiert. Auch hier stellt sich für uns allerdings die Frage, könnten wir mit Russland in einen militärischen Konflikt gezogen werden. Die Einzelheiten dürften schwierige Verhandlungen erfordern. Die Zukunft und zukünftigen Grenzen des Donbass sowie von Mariupol sind weitere wichtige Themen. Der ukrainische Präsident muss jede weitere Zerstückelung seines Landes verhindern, vor allem eine Verschiebung des Grenzverlaufes im Donbass zu Gunsten Russlands. Putins Ansprüche gehen weit über die derzeitigen Regionalgrenzen hinaus. Mariupol ist von strategischer Bedeutung.

Voraussetzung für Kiew ist allerdings ein Waffenstillstand und Rückzug der russischen Truppen. Die Kernfrage lautet aber: Ist Putin willens und in der Lage auf die ukrainischen Vorschläge einzugehen und seine Truppen zurückziehen. Es ist kaum zu erwarten, dass er das bisher Erreichte als ausreichend ansieht und gemessen an seinen ursprünglichen Ankündigungen seinem Volk erklären kann. Ein zusätzliches Problem für ihn wird sein, dass an seiner Grenze ein freiheitlicher, demokratischer, europäischer Rechtsstaat entsteht, der

trotz seiner Neutralität dem Westen zugewandt bleibt. Er wird eine große Anziehungskraft für die gesamte Region haben. Für Putin insgesamt ein schlechtes Geschäft.

Die letzte Verhandlungsrunde in Istanbul hat weniger als einen Tag gedauert. Die nächste soll per Internet in diesen Tagen stattfinden. Erfolge sind aber nur auf politischer Ebene zu erwarten und nicht auf Expertenebene. Das letzte Außenministertreffen in Istanbul mit Lawrow war allerdings eine Farce. Er hatte offensichtlich kein Verhandlungsmandat. Er verbreitete wie immer ein Gespinnst an Lügen. Die NATO wolle Russland mit allen nur denkbaren Waffen vernichten. Und skurriler kann es kaum noch werden, seine Warnung, die Ukraine plane einen Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass. Ich kannte ihn aus früherer Zusammenarbeit gut. Er ist ein sehr intelligenter Zyniker, der alle Systeme in seinem Land überlebt hat. Man kann sich nicht vorstellen, dass er selbst seinen eigenen Desinformationen glaubt. Es ist zu hoffen, dass zumindest der Machtapparat um den Präsidenten, die sog. Elite, die auf Grund der Geheimdienstertfahrung gut informiert ist, das Lügengewebe durchschaut und entsprechende Schlüsse zieht. Putins Hinweis auf einen möglichen Einsatz atomarer und chemischer Waffen müsste auch ihnen zu denken geben. Sie sind diejenigen, die viel zu verlieren haben, je nachdem wie sich die Lage in Moskau entwickelt. Hier steht nicht nur Reichtum auf dem Spiel, sondern auch Macht und Einfluss. Die Oligarchen sind heute nicht mehr Putins Problem. Sie müssen ihre Schiffe und Villen retten und halten sich bis auf Abramov lieber im Ausland auf oder spielen im Mittelmeer „Fliegende Holländer.“

Chinas Haltung zum russischen Krieg ist ambivalent. Das drückte sich in seiner Stimmenthaltung zur Ukraineresolution in den VN aus. Hier spielen die Wirtschaftsinteressen im Hinblick auf die USA eine Rolle. Aber auch die Taiwanfrage ist aus Sicht Chinas weiterhin prekär. Wer weiß, ob man nicht irgendwann eine Berufung auf einen Präzedenzfall benötigt. Nur nicht zu früh festlegen. Der Ausgang und die Reaktion des Westens wird daher in Peking mit großem Interesse verfolgt werden. Vergleicht man die wirtschaftlichen Stärken Russlands mit denen Chinas, so fällt Russland weit zurück, nicht nur wegen der westlichen Sanktionen. China wird sich ausschließlich an seinen eigenen Interessen orientieren. Russland könnte sich eines Tages in der Rolle einer Mittelmacht neben einer Großmacht wiederfinden. Keine besonders erfolgreiche Politik Putins. Gewinner ist Erdogan, der sich als Friedensstifter geriert. Ein Scheitern wäre aber für ihn ein Problem. Dann hätte sich sein Sonderverhältnis zu Putin nicht ausgezahlt.

Alle Voraussagen zur Ukraine sind Spekulation. Nur der Krieg, das Sterben der Menschen, die Millionen von Flüchtlingen und ein zerstörtes Land sind die tägliche Realität, an der wir uns messen lassen müssen. Die Hilfs- und Spendenbereitschaft in Deutschland ist überwältigend, der Quantensprung in Deutschland bei Rüstungsexporten beachtlich und überfällig. Die Europäer und die USA müssen den Druck auf Russland erhöhen, wenigstens die Luftangriffe einzustellen. Die Abwägung zwischen Gaslieferungen und Menschenrechten bleibt problematisch. Ich glaube, diese Karte bleibt weiter im Spiel, wenn sie nicht sogar von Putin selbst gezogen wird,

wenn dieser auf der Bezahlung von Gas und Öl in Rubeln besteht. Diese Forderung hat er aber gerade im Hinblick auf die EU inzwischen zurückgezogen. Das zeigt, dass auch er möglicherweise inzwischen zwischen Nutzen und Schaden abwägt.